

Der Kirchenvorstand der Evang.-Luth. Kirchengemeinde Erkersreuth, DB Selb

(Initiative und Koordination)

Lindenfelsstr. 2

95100 Selb

Kontakt @: eingabe.kirche-lebt-am-ort@gmx.de

Selb, 28.02.2026

An die kirchenleitenden Organe der Evang.-Luth. Kirche in Bayern:

- Herrn Landesbischof Christian Kopp
- den Landeskirchenrat
- die Bayerische Landessynode
- den Landessynodalausschuss.

Eingabe – zugleich offener Brief – an die kirchenleitenden Organe der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

„Ortsgemeinden stärken! – Missionieren statt Resignieren!“

Sehr geehrter Herr Landesbischof Kopp,
sehr geehrte Mitglieder des Landeskirchenrats,
sehr geehrte Mitglieder der Bayerischen Landessynode,
sehr geehrte Mitglieder des Landessynodalausschusses,

in großer Sorge um die Zukunft unserer Kirche wenden wir uns als Kirchenvorstände mit dieser Eingabe an die vier kirchenleitenden Organe unserer Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern.

Seit geraumer Zeit reagiert die Kirchenleitung der Bayerischen Landeskirche auf die Kirchen- und Glaubenskrise der Gegenwart, den religiösen Traditionsabbruch und vor allem die massiven Kirchengliederungszahlen mit einem ebenso massiven Abbau kirchlicher Strukturen auf allen Ebenen (außer der Ebene der Leitung und Verwaltung der Landeskirche selbst). Es gibt innerkirchlich wie in der Öffentlichkeit immer mehr als panisch und chaotisch wahrgenommene Abbau-, Reduktions-, Verkaufs-, Fusions- und Schließungspläne und -prozesse, die in den meisten Fällen einen gravierenden wie vor allem unumkehrbaren Eingriff in den Bestand an bewährten Strukturen, Einrichtungen, Institutionen und auch Immobilien der Kirchengemeinden bedeuten. Die Öffentlichkeit nimmt dies längst – zu Recht! – als Negativstrategie des kirchlichen Rückzugs aus der Region und der beabsichtigten Selbstreduktion wahr.

Die Kirchengemeinden vor Ort werden dabei auch nicht als Partner und Glieder des einen Leibes Jesu Christi auf Augenhöhe behandelt, sondern seit Jahren immer umfassender autoritär „Top-Down“ mit laufend neuen Szenarien, Forderungen und Vorgaben konfrontiert. Bestes Beispiel hierfür sind die von der Landeskirche mit kurzer Frist geforderten Immobilienkonzepte der Kirchengemeinden.

In wenigen Jahren soll aktiv abgeschafft werden, was Generationen von Gläubigen vorher vor Ort mühevoll aufgebaut haben und was auch die sichtbare Präsenz der Kirche vor Ort dargestellt hat. Dies betrifft Immobilien wie auch Einrichtungen, z.B. kirchengemeindliche Kitas und Friedhöfe, die nur noch als Belastung und Ballast verstanden werden, über viele Jahrzehnte – bzw. bei Friedhöfen oft sogar Jahrhunderte – aber als Raum kirchlicher Identität und Identifikation und kirchliche Handlungsfelder eine überragende Rolle spielten.

Angesichts des Abbaus kirchlicher Strukturen in der breiten Fläche und bei den Kirchengemeinden vor Ort ist nach wie vor umso verwunderlicher und unverständlicher, dass die Landeskirche 2017 für 49 Millionen Euro die ehemalige Oberpostdirektion in Nürnberg erworben hat – einen Immobilien-Ladenhüter, den sonst wegen der zu erwartenden erheblichen Umbau- und Sanierungskosten niemand kaufen wollte – und dieses Gebäude derzeit für sage und schreibe geplante 170 Millionen Euro zum Evangelischen Campus Nürnberg (ECN) ausbaut. Hier werden über 220 Millionen Euro in ein Immobilien- und Prestigeprojekt investiert, während die Kirchengemeinden vor Ort, von denen die Kirche lebt, Gemeindehäuser, Pfarrhäuser und sogar Kirchen aufgeben bzw. verkaufen sollen.

Kirchenvorstände und Kirchengemeinden, Pfarrer und Pfarrerinnen, Haupt- und Ehrenamtliche vor Ort werden durch die Reduktionsprozesse und –planungen sowie besonders die vorherrschende Intransparenz in der Kommunikation sowie immer neue Streichungsphantasien seit Jahren auf demotivierende Weise verunsichert. Vor allem weil diese Prozesse von keinerlei erkennbaren positiven Bestrebungen zur Inneren Mission und Neuevangelisation begleitet werden. Dabei ist es wichtig und entscheidend, welche Botschaft wir als Kirche nach außen tragen und welches Bild wir abgeben. Wenn die Kirche nur noch voller Selbstmitleid jammert und den eigenen Niedergang verwaltet und organisiert, dann senden wir als Kirche keine hoffnungsvolle Botschaft mehr aus. Dabei hat die Kirche Jesu Christi schlimmere Zeiten als heute erlebt und überlebt.

Es handelt sich dabei oft um Überlegungen bzw. Pläne, die nicht transparent kommuniziert werden, obwohl sie für die Identität, das Wirken und das Selbstverständnis der Kirchengemeinden vor Ort aber von erheblicher Bedeutung sind. Die Kirchenleitung schafft lieber einseitig Fakten, statt fair und vertrauensvoll mit den Kirchengemeinden vor Ort zusammenzuwirken.

Als fatal nehmen wir wahr, dass hier auch theologische und geistliche Kriterien keine erkennbare Rolle mehr spielen. Es herrscht kein missionarischer Eifer mehr. Dem kirchlichen Niedergang und religiösen Traditionsabbruch in der Gesellschaft wird nichts positiv entgegengesetzt. Das wird alles scheinbar wehrlos hingenommen und als rein finanzielles und statistisches Problem und Immobilienproblem diskutiert. Es wird kein Gedanke daran verwendet, wie dem kirchlichen Niedergang gegenzusteuern wäre.

Es wirkt so, als hätte sich die Kirche selbst aufgegeben und bemühte sich nur noch um die eigene Abwicklung.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die kirchenleitenden Organe der Evang.-Luth. Kirche in Bayern um transparente Antworten auf folgende drängende Fragen:

1. Pfarrämter

Die geplante Regionalisierung der Pfarrämter bei gleichzeitiger Auflösung zahlreicher kleiner Pfarrämter zwecks Konzentration in Zentralen Servicestellen bzw. Regionalpfarrämtern löst in den Gemeinden vor Ort große Bestürzung und Ablehnung aus. Dabei geht es nicht nur um die Verwaltung, sondern vor allem um die seelsorgerliche Präsenz der Kirche vor Ort (niederschwelliges Wissen um die Menschen und die Lage vor Ort sowie Probleme in den Familien).

Die Präsenz der Kirche im Ort ist stark mit dem örtlichen Pfarramt verbunden. Die Regionalisierung würde die Identifikation der Gemeindeglieder, der Neben- und Ehrenamtlichen mit „ihrer“ Kirchengemeinde, und damit der Gesamtkirche, schwächen, Kontaktmöglichkeiten reduzieren und ggf. große räumliche Distanzen aufreißen.

Hierzu fragen wir:

- Warum sollen bewährte und in der Gemeinde verwurzelte Ortsstrukturen und Pfarrämter vor Ort abgeschafft werden? Grundsätzlich hat hier der Kirchenvorstand zu entscheiden.
- Welche Entfernung zu den „Regionalpfarrämtern“ wird als zumutbar angesehen?
- Wie soll die Kirchengemeinde vor Ort institutionell als sozialer (Kontakt)Raum bestehen bleiben und auch einladend wirken, wenn die nächste „Kontaktstelle“ weit entfernt ist?
- Wie können vor allem ältere Gemeindeglieder, die nicht (mehr) mobil sind, Kontakt zu „ihrer“ Kirchengemeinde halten, wenn auch kein Pfarrer oder keine Pfarrerin mehr vor Ort ist (vgl. Punkt 2)?
- Wie können die breit gestreuten Milieus, die nicht selbstständig mobil sind, den Kontakt zur Kirche bzw. Pfarrerinnen und Pfarrer halten zu analoger Begegnung und Gemeinde (Senioren, Jugendliche unter 18 Jahren, Familien, ärmere Menschen)?
- Da die Pfarrämter immer auch Archive zur Gemeindegeschichte und gesetzlich vorgeschriebener Aufbewahrungsort für eine große Menge Akten und Unterlagen sind, die – mindestens zeitweise – eingelagert werden sollen, ist fraglich, wo bei Zusammenführung der Pfarrämter auf regionaler Ebene diese Aktenberge deponiert werden sollen.

2. Pfarrstellen und Großraumgemeinden

Laut aktueller Planungen sollen Pfarrstellen und Kirchengemeindezuschnitte deutlich verändert werden. Es sollen Großraumgemeinden („Regionalpfarreien“) entstehen, in denen die zentralen Handlungsfelder ohne lokalen Gemeindebezug von den Hauptamtlichen arbeitsteilig abgedeckt werden sollen.

Hierzu fragen wir:

- Wie soll in einer solchen Konstellation von anonymen Großraumgemeinden ohne Sprengelbezug der seelsorgerlich für die Pflege von Beziehungen und für den Gemeindeaufbau so wichtige persönliche Kontakt zu Gemeindegliedern aufrechterhalten werden?
- Wie wird den unterschiedlichen theologischen Prägungen der Gemeinden Rechnung getragen, sollten die Hauptamtlichen der berufsgruppenübergreifend gebildeten Teams zukünftig „gabenorientiert“ arbeiten?
- Wie wird sichergestellt, dass die verschiedenen theologischen Strömungen der Volkskirche in jedem Team so vertreten sind, dass ggf. alle Mitglieder der Regionalgemeinde für sie vertrauens- und glaubwürdige Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner finden?
- Wie wird verhindert, dass Teams und Regionalgemeindegremien Vertreterinnen und Vertreter von theologischen Minderheitsmeinungen systematisch herausdrängen, um in den Teams eine größere Homogenität herzustellen?
- Wie soll sichergestellt werden, dass in solchen Großgemeinden bei Notfällen und in Krisen zeitnah geistliche Betreuung gewährleistet werden kann?

3. Gemeindedienst – Sonderpfarrstellen

Der Rückzug aus der Region wird auch mit dem – aus unserer Sicht in mancher Hinsicht selbstverschuldeten – Pfarrermangel begründet. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, warum so viele Pfarrerinnen und Pfarrer mit Sonderpfarrstellen betraut sind, statt im Gemeindedienst und damit im Gemeindeaufbau vor Ort zu wirken.

Hierzu fragen wir:

- Wie viele Pfarrerinnen und Pfarrer der ELKB sind derzeit im Gemeindedienst, wie viele sind Inhaber von Sonderpfarrstellen (bitte mit prozentualer Aufteilung)? Nachdem wir Sonderpfarrstellen in der Anstaltsseelsorge (Kliniken, Militär-, Polizei- und Gefängnisseelsorge) und Schuldienst für sehr begründet halten, bitten wir in der Antwort auch um eine Aufschlüsselung der Sonderpfarrstellen nach Stellen im Schuldienst, Anstaltsseelsorge und sonstigen.
- Wie ist zum Beispiel angesichts so vieler unbesetzter Gemeindepfarrstellen der Einsatz von Pfarrern im Bereich Fundraising zu rechtfertigen, statt dass diese in den Gemeinden die frohe Botschaft vom Heil in Jesus Christus verkündigen?

4. Pfarrhäuser

Es ist geplant, dass Pfarrhäuser reihenweise wegen der hohen Unterhaltskosten verkauft werden sollen und die Pfarrer und Pfarrerinnen sich langfristig eigenverantwortlich Wohnraum mieten sollen. Dazu wurden Pfarrhäuser auch in den Immobilienkonzepten weitgehend in Kategorie B einsortiert, was landeskirchliche Zuschüsse künftig ausschließt. Mit dieser Idee ist auch ein Kulturbruch in Stadtvierteln, kleineren Städten und Dörfern verbunden. Seit Martin Luthers Zeiten ist das „evangelische Pfarrhaus“ ein Kulturgut, das zusammen mit den Kirchen vor Ort die sichtbare Präsenz und Identität der Kirche bedeutete.

Hierzu fragen wir an:

- Wenn Pfarrhäuser, die weiter von Pfarrern als Dienstwohnung genutzt werden, in Kategorie B einsortiert werden, was landeskirchliche Zuschüsse ausschließt, ist dann konsequenterweise auch geplant, den Gehaltseinbehalt für die Pfarrhäuser ohne Abzug den Kirchengemeinden zum Unterhalt dieser Gebäude zur Verfügung zu stellen?
- Womit soll der Verlust der Pfarrhäuser als Identitätssymbol der Kirche vor Ort ausgeglichen werden?
- Wie sollen angesichts der in Deutschland massiv überhöhten Mietpreise Pfarrstellen in teuren Regionen wie dem Großraum München und dem Voralpenland, im Raum Regensburg, Ingolstadt, Bamberg oder Augsburg besetzt werden, wenn dort schon lange kein qualitativ angemessener Mietraum zu „normalen“ Preisen mehr zu finden ist?
- Wo sollen Seelsorge- und Kasualgespräche künftig stattfinden, wenn Pfarrämter geschlossen sowie Gemeindehäuser und evtl. sogar Pfarrhäuser aufgegeben bzw. verkauft werden sollen (nicht alle Menschen wünschen Gespräche in den eigenen vier Wänden)?

5. KV-Arbeit

Wiederum sei geplant, parallel zu den Großraumgemeinden entscheidungsbefugte „Regional-kirchenvorstände“ zu bilden und die lokalen KVs zu degradieren auf Dienste wie Kontaktpflege vor Ort. Damit wären die lokalen Kirchenvorstände nicht mehr das entscheidende Gremium der Kirchengemeindeleitung vor Ort, was dem so wichtigen sozialetischen Prinzip und Grundgedanken der Subsidiarität grundsätzlich widerspricht.

Hierzu fragen wir an:

- Warum werden solche Ideen hinter den Kulissen und vor allem über die Köpfe der KVs hinweg entwickelt?
- Wie sollen die Hoheitsrechte der Kirchenvorstände im Blick auf Haushaltsrecht, Stellenbesetzungen, Baumaßnahmen/Immobilien, Konfirmandenarbeit und das so wichtige ius liturgicum gewahrt werden?
- Wenn dem so ist: Was verspricht sich die Kirchenleitung davon, die Kirchenvorstände vor Ort derart abzuwerten und auf die Rolle von „Grüß-Gott-Onkeln/Tanten“ zu reduzieren?
- Wie will die Kirchenleitung KV-Mitglieder und sonstige Ehrenamtliche vor Ort motivieren und gewinnen, wenn zugleich die Rolle der Ortsgemeinden und Kirchenvorstände derart relativiert werden soll?

6. Status der Kirchengemeinden als Körperschaften des öffentlichen Rechts/KdöR

Wie von der letzten Tagung der Landessynode und aus weiteren Treffen berichtet wird, gab es Überlegungen auf der Ebene des Landeskirchenamts, den Kirchengemeinden den Status als Körperschaft des Öffentlichen Rechts/KdöR zu entziehen (wie es in der Pfälzischen Landeskirche schon erfolgt ist). Eine Aberkennung des KdöR-Status der Kirchengemeinden wäre ein massiver Eingriff in die Hoheit und den Status der Kirchengemeinden und würde diese zu Außenstellen bzw. Filialen und Befehlsempfängern des Landeskirchenamts degradieren.

Hierzu fragen wir an:

- Wird durch die Kirchenleitung garantiert, die Abschaffung der Körperschaftsrechte der Kirchengemeinde langfristig nicht zu verfolgen?
- Warum fehlt auch hier jede Transparenz beim Handeln der Kirchenleitung im Blick auf die Gemeinden vor Ort, von denen die Kirche Jesu Christi lebt?

7. Kommunikation und Transparenz

Grundsätzlich fragen wir an:

- Warum werden hier mittlerweile bei für die Gemeinden vor Ort grundlegendsten Dingen eine derart intransparente Kommunikation und ein so autoritäres – auch mit der lutherisch-reformatorischen Ekklesiologie unvereinbares – „Top-Down-Gebaren“ der Kirchenleitung praktiziert?
- Warum werden so entscheidende Fragen häppchenweise bei Besprechungen, Treffen und Sitzungen ganz „nebenbei“ angedeutet oder angesprochen, statt die wahren Absichten der Landeskirche und eine evtl. dahinterstehende Strategie – falls es eine solche gibt – offen, transparent, kohärent und klar in Form einer einheitlichen Gesamtdarstellung gegenüber den Kirchengemeinden, Kirchenvorständen und Gemeindepfarrern vor Ort als direkt Betroffenen sowie der kirchlichen Öffentlichkeit zu kommunizieren und darüber in einen ergebnisoffenen Entscheidungsprozess mit den Betroffenen einzutreten?
- Warum werden teilweise in kürzester Zeit in den gleichen Gremien widersprüchliche bis gegensätzliche Aussagen getroffen?
- Was ist der verbindliche Letztstand der Planungsvorgaben, die auf Dekanats- und Gemeindeebene umgesetzt werden müssen?
- Warum wird im Blick auf die Gebäude über die Drohung mit Streichung von Finanzmitteln indirekt starker Druck auf die Kirchenvorstände zum Verkauf kirchlicher Gebäude ausgeübt, statt transparent zu kommunizieren, welche Gebäude die Landeskirche im Immobilienbereich abgestoßen haben will?
- Hält die Kirchenleitung die Pfarrer und Pfarrerinnen sowie die Kirchenvorstandsmitglieder vor Ort für unfähig, die aktuellen Herausforderungen angemessen einzuordnen?

Antrag:

Vor dem Hintergrund dieser Anfragen, um deren Beantwortung wir hiermit bitten, stellen wir an die kirchenleitenden Organe der Evang.-Luth. Kirche in Bayern zugleich den Antrag:

„Ortsgemeinden stärken! Missionieren statt Resignieren!“

„Die vier kirchenleitenden Organe der Evang.-Luth. Kirche in Bayern mögen eine theologisch, geistlich und spirituell qualifizierte Missions-Strategie für die Bayerische Landeskirche unter dem Titel „Mission Zukunft“ entwickeln, die für alle Ebenen der Landeskirche Handlungsempfehlungen erarbeitet und festhält, wie dem religiösen Traditionsabbruch und den vielen Kirchenaustritten durch eine missionarische Neuausrichtung der Landeskirche auf der Grundlage des lutherischen Bekenntnisses zu begegnen ist.“

Wir – die unterzeichnenden Kirchenvorstände – rechnen mit der Möglichkeit und Verheißung, dass es auch zu einem neuen geistlichen Aufbruch in Deutschland kommen kann, wie es in anderen Ländern Europas bereits wahrzunehmen ist (z. B. in der Katholischen Kirche in Frankreich und Schweden). Mission und Neuevangelisation im „Missionsland“ Deutschland sind dafür unverzichtbar.

Wir wünschen uns eine Kirchenleitung, die nicht nur endlose Strukturdebatten führt und Reform- und Abbauprozesse plant, sondern vor allem den missionarischen Grundauftrag der Kirche nach dem Missionsbefehl wieder ernst nimmt und umsetzt, „damit Gott sei alles in allem“ (1. Kor 15,28).

Es zeichnen als Erstunterzeichner:

Kirchenvorstand Erkersreuth (DB Selb; Pfarrer Dr. Jürgen Henkel, Vertrauensmann Udo Rödel, Joachim Reuer/Mitglied KV und Präsidium der Dekanatssynode)

Kirchenvorstand Rüdenhausen (DB Castell, Pfarrer Martin Fromm, Vertrauensfrau Eva Gräfin zu Castell-Rüdenhausen)

Kirchenvorstand Wiesentheid (DB Castell; Vorsitzender Otto Enk)

Für Unterstützer (Kirchenvorstände und Einzelpersonen möglich):

Wir unterstützen diese Eingabe:

.....
Kirchengemeinde/Kirchenvorstand (bitte mit Angabe des Dekanats)

.....
Verantwortliche Person/en (im Idealfall Pfarrer/Pfarrerin und Vertrauensperson)

.....
Adresse

.....
Kontakt (Mail und/oder Telefon)

.....
Datum, Unterschrift

[Bitte zurück per Post oder Mail an die oben genannten Kontaktdaten.]